

*Heinz-Dietrich Ortlieb*

## DER NATIONALÖKONOMISCHE UNTERRICHT — SEINE SOZIALE UND POLITISCHE BEDEUTUNG <sup>1)</sup>

Unsere moderne Demokratie wird auf die Dauer nur lebensfähig bleiben, wenn es uns gelingt, den breiten Massen die Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens, besonders die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Zielsetzungen und wirtschaftlichen Ordnungsmaßnahmen, verständlich zu machen. Vielleicht erscheint diese Behauptung zunächst etwas überspitzt. Der Beweis für ihre Richtigkeit ist jedoch ohne allzu große Schwierigkeit zu führen.

Allerdings hat die Möglichkeit einer solchen Beweisführung die Annahme als Voraussetzung, daß die Zeiten der liberalen Demokratie vorbei sind und daß jede lebensfähige Demokratie in Zukunft eine soziale Demokratie sein muß. Die Mehrheit der Bevölkerung wird in Zukunft nicht mehr bereit sein, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit als unvermeidliches Schicksal hinzunehmen. Sie wird darüber hinaus eine umfassende soziale Sicherung verlangen, die Einkommensverteilung nicht den Zufälligkeiten eines Marktautomatismus überlassen sehen und an der Gestaltung ihres Arbeits- und Wirtschaftslebens selbst beteiligt sein wollen. Mit anderen Worten: Der Wille der Mehrheit wird auf die soziale Sicherheit des Wohlfahrtsstaates ausgerichtet sein.

Nun sind aber die sozialen Ziele des modernen Wohlfahrtsstaates und ihre Verwirklichung keineswegs problemlos. Sie gestatten fast nie eine Wirtschaftspolitik des Laisser-faire. Sie bedingen eine dauernde öffentliche Kontrolle der Wirtschaft, häufig indirekte und direkte Eingriffe des Staates in den Wirtschaftablauf. Das bedeutet, daß immer wieder Maßnahmen erforderlich werden, die zugunsten des Gemeinwohls oder zugunsten einer wirtschaftlich besonders schwachen Schicht die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen verletzen müssen. Ja, häufig wird es vorkommen, daß die betonte Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Zieles die Benachteiligung eines anderen Zieles zur Bedingung hat, so daß man sich entscheiden muß, welches Ziel als wichtiger anzusehen ist. Man kann es auch in der Wirtschaftspolitik des Wohlfahrtsstaates nicht allen gleichzeitig recht machen, und man kann nicht alle Ziele im gleichen Ausmaß verwirklichen.

Die Ziele Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit lassen sich in der Wirtschaft nicht beliebig miteinander verbinden. Will man völlige Freiheit von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, so muß man auf Sicherheit und Gerechtigkeit verzichten. Will man Sicherheit, so wird die Freiheit oder die Gerechtigkeit das Nachsehen haben.

Um beurteilen zu können, unter welchen Opfern ein bestimmtes wirtschaftliches Ziel zu erreichen ist, muß man die nationalökonomischen Zusammenhänge und die gegebene Situation kennen. Kennt man sie nicht, so kann man allzu leicht Demagogen zum Opfer fallen, die alle Wünsche zu erfüllen versprechen, um hinterher keinen oder gerade denjenigen Wunsch zu erfüllen, der einem am wenigsten wichtig war. Oder man neigt je nach der Situation dazu, heute das Ziel der wirtschaftlichen Freiheit, morgen das Ziel der wirtschaftlichen Sicherheit über alles zu stellen, so daß eine von solchen Massenwünschen beeinflusste Wirtschaftspolitik von einem Extrem ins andere fällt. Deshalb ist eine zweckentsprechende, der jeweiligen Situation und den Massenwünschen gerecht werdende Wirtschaftspolitik nur möglich, wenn in einer Demokratie die Wähler-

1) Beachte hierzu den Hinweis unter „Mitteilungen der Redaktion“, Seite 255

massen annäherungsweise richtige Vorstellungen von den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten haben, zumal sie dann auch eher bereit sind, Opfer, die eine bestimmte Situation verlangt, als unvermeidlich hinzunehmen.

*Die Gefahr des harmonistischen Denkens*

Das Schlimme ist, daß die überwiegende Mehrzahl der Menschen heute entweder gar keine oder völlig falsche Vorstellungen von den wirtschaftlichen Zusammenhängen hat. Das ist das unheilvolle Erbe des harmonistischen Denkens, das, wenn auch auf verschiedene Weise, sowohl vom Liberalismus als auch vom Marxismus gepflegt worden ist und völlig falsche Vorstellungen von der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit in die Köpfe der Menschen gepflanzt hat.

Der große Aufschwung der Naturwissenschaften und das Vernunftdenken des Aufklärungszeitalters waren der Nährboden, auf dem die Giftpflanze des liberalistischen Harmonismus zu wachsen begann, die später das Denken ganzer Generationen verwirrt hat und bis auf den heutigen Tag noch nicht wieder ausgerottet worden ist. Aus dem Vorhandensein dynamischer Gleichgewichte in der anorganischen Natur schloß man, daß es auch im Zusammenleben der Menschen solche harmonischen Gleichgewichte geben müsse. Man müsse den Menschen nur von allen Fesseln befreien, so folgerte man weiter, und er werde sich kraft seiner Vernunft so verhalten, daß auch im Zusammenleben der Menschen eine soziale Harmonie von selbst entsteht. Mit einem Wort: Es ist der Glaube an den Zusammenfall von Einzel- und Gesamtinteresse, der am Beginn der liberalistischen Epoche nur allzu bereitwillig aufgegriffen wurde und in der Folgezeit so verhängnisvolle Wirkungen gehabt hat. In der Maxime des „Laissez-faire“ fand dieser Glaube seine besonders eindrucksvolle Formel. Niemand, auch der Staat nicht, sollte in den Wirtschafts- und Gesellschaftsprozeß eingreifen, denn er könnte damit höchstens dem Eintreten sozialer Harmonie hinderlich sein.

Ist der Mensch aber eingespannt in einen Prozeß, der selbsttätig zu sozialer Harmonie führt, nimmt er das Gesamtinteresse dadurch wahr, daß er seinem eigenen Interesse folgt, so ist das Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge überflüssig, wenn nicht gar schädlich. Dieser liberalistische Harmonismus mußte so folgerichtig die Meinung hervorbringen, daß für die Beurteilung wirtschaftlicher Dinge der sogenannte „gesunde Menschenverstand“ des an seinen eigenen Interessen orientierten Individuums durchaus ausreiche.

So wurde es möglich, daß in Deutschland noch in Perioden, wo der Staat die Wirtschaft bereits kontrollierte und reglementierte, die Ansicht weit verbreitet war, daß einfache Tatsachenkenntnis ausreiche, um volkswirtschaftliche Fragen richtig beurteilen zu können, und daß für wirtschaftspolitische Entscheidungen des Staates juristische Kenntnisse wichtiger seien als nationalökonomische. Das Juristenmonopol auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung ist durch solche Ansichten in Deutschland weitgehend gefördert worden.

In ähnlicher Weise wie der Liberalismus, nur mit ganz anderem Akzent, ist auch der den Kapitalismus kritisierende Marxismus einem Harmonieglouben erlegen. Unter dem Einfluß des Entwicklungsgedankens entstand hier im 19. Jahrhundert eine Vision, die den harmonisierenden Prozeß der Geschichte selbst überantwortet. In einer eigenartigen, auf den ersten Blick widerspruchsvollen und gerade daher faszinierenden Verbindung evolutionistischer und voluntaristischer Gedanken zeigt Marx, daß der Kapitalismus aus sich selbst heraus die Bedingungen erzeugt, die den Sozialismus heraufführen. Der Mensch hat in diesem Bilde nichts anderes zu tun, als auf den Eintritt des geschichtlich notwendigen Ereignisses, nämlich die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und den Beginn der klassenlosen Gesellschaft zu warten. Es mag uns

heute widerspruchsvoll erscheinen, daß in den Anfängen der Sozialdemokratischen Partei und auch der freien Gewerkschaften große Widerstände in den eigenen Reihen überwunden werden mußten bei heute so selbstverständlichen Dingen wie etwa einer positiven Stellungnahme der Gewerkschaften zu Tarifvertrag und Arbeitslosenversicherung. Unter dem Aspekt jenes marxistischen Harmonismus ist eine solche Gegnerschaft aber durchaus verständlich. Denn sowohl Tarifvertrag als auch Arbeitslosenversicherung mußten damals dem überzeugten Marxisten als ein unerlaubter Eingriff in den geschichtlichen Prozeß erscheinen, der den Eintritt des Reifezustandes und den Beginn des so heiß erstrebten sozialistischen Reiches der Freiheit nur verzögern konnte.

Dieser Glaube an das geschichtsnotwendige Kommen der klassenlosen Gesellschaft war auch der Grund, weshalb sich die Marxisten erst nach dem ersten Weltkrieg ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen begannen, wie denn die Organisation der klassenlosen Gesellschaft im einzelnen beschaffen sein und wie sie funktionieren sollte.

Die harmonistische, geschichtsgläubige Vision des Marxismus hat eine nicht geringere Wirkung auf das Denken der Menschen ausgeübt als die liberalistische; sie ist — weil Verkennung der Wirklichkeit — genau so falsch wie diese, und sie hat, wenn wir vom Bolschewismus absehen, nur deshalb nicht zu den gleichen verheerenden Ergebnissen geführt, weil sie gleichsam nur die Stellung einer Opposition hatte, während der liberalistische Harmonismus das Regiment führte. Eines haben also beide Visionen gemeinsam, mögen sie auch in allem anderen noch so weit auseinanderfallen; daß sie nämlich in harmonistischer Voreingenommenheit die Dinge sich selbst überließen, die eine aus marktmechanischem, die andere aus entwicklungsgeschichtlichem Denken heraus.

Aus der reichlich späten Erkenntnis, daß der Harmonieglaube in beiderlei Gestalt ein Irrglaube war, ergibt sich heute das zu lösende Ordnungsproblem in Wirtschaft und Gesellschaft: Die Setzung eines richtigen Ausmaßes von Freiheit und Ordnung, oder anders ausgedrückt: Die Sicherung der Freiheit in einer genügend starken Ordnung gegen die Tendenz ihrer Selbstaufhebung. Zu diesem Zweck ist die marktmechanische Gesetzmäßigkeit, deren Voraussetzungen übrigens heute weitaus unvollkommener sind als vor 100 Jahren, ein unzulängliches Mittel. Sie kann allenfalls bei einer im übrigen bewußten Steuerung des Wirtschaftsprozesses zur Erreichung sozialer Harmonie eine subsidiäre Rolle spielen.

Von diesem Standpunkt aus ist auch das Problem der wirtschaftswissenschaftlichen Erziehung neu zu stellen. Vor allem drei Hauptziele des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichtes werden in den Vordergrund rücken müssen: *1. Eine Wissensverbreiterung zwecks Einsicht in die Notwendigkeit bestimmter Mittel zur Erreichung bestimmter wirtschaftlicher und sozialer Ziele. 2. Auf diese Weise die Überwindung jeder dogmatischen Beurteilung der wirtschaftspolitischen Mittel und 3. die Überwindung von Interessentenstandpunkten und Ressentiments im Rahmen wirtschaftspolitischer Forderungen und Urteile.*

*Die Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Zielen und Mitteln  
der Wirtschaftspolitik*

Die von der Mehrheit in den westlichen Demokratien erstrebte soziale Sicherheit verträgt sich nicht immer mit anderen Zielen und Wünschen. Ein Mehr an Sicherheit wird meist mit Beschränkungen der alten liberalistischen Freiheitsrechte erkaufte werden müssen. Diese wirtschaftlichen Freiheiten sind: Konsumfreiheit, Freiheit der Wahl des Berufes und Arbeitsplatzes, Freiheit der Kapitalbildung und der Investition. Die Einschränkung dieser Freiheiten wird natürlich von den Betroffenen als unangenehm empfunden.

Nun kann man das Freiheitsgefühl zweifellos erhöhen bzw. das subjektive Bewußtwerden eines Freiheitsverlustes abschwächen, wenn man durch Verbreiterung des Wissens über wirtschaftliche Zusammenhänge dem Einzelnen einen Einblick in die Notwendigkeit eines bestimmten Verhaltens bzw. der Anwendung bestimmter Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele gibt. Diese Einsicht ist nicht möglich ohne die Kenntnis eines Mindestmaßes von Verursachungszusammenhängen in der Wirtschaft. Der Einzelne wird einem ordnenden Eingriff weniger Widerstände entgegensetzen, ja das Gefühl einer Freiheitsminderung oder gar - Verlustes wird gar nicht aufkommen, wenn er aus eigener Einsicht weiß, daß das von ihm selbst bejahte Ziel ohne diesen Eingriff nicht zu erreichen ist.

Um diesen Gedanken zu verdeutlichen sei aus der Fülle der sich anbietenden Beispiele eins herausgegriffen. Es braucht wohl nicht erst dargestellt zu werden, wie innig die wirtschaftliche Sicherheit mit der Vollbeschäftigung der Wirtschaft verknüpft ist. Erinnert sei an bestimmte Plakate des letzten Wahlkampfes, mit denen eine Partei ihren Wählern freie Marktwirtschaft und Vollbeschäftigung der Wirtschaft in einem Atemzuge versprach. Nun haben Wahlversprechen bei den Wählern gewiß keinen allzu hohen Preis, und es ist m. W. bisher noch kein Politiker nachträglich zur Rechenschaft gezogen worden, weil er seine Wahlversprechungen nicht gehalten hat. Gerade deshalb aber wäre es doch wohl ein großer Gewinn für die politische Demokratie, wenn der einzelne Staatsbürger durch Vermittlung wirtschaftswissenschaftlichen Wissens dahin gebracht werden könnte, zu erkennen, daß hier entweder eine berechnende Umdeutung des Begriffes der „Vollbeschäftigung“ oder eine bewußte Irreführung vorgelegen hat. Gerade die liberale Theorie ist bisher nicht müde geworden zu beweisen, daß eine Vollbeschäftigungspolitik und die Methoden liberaler Wirtschaftspolitik einander ausschließen.

Und das ist in der Tat so. Eine Vollbeschäftigungspolitik, die mit einer Sicherung des Arbeitsplatzes erst eigentlich zu einer wirtschaftlichen Sicherheit führt, ist, wenn irgendwelche Engpässe auftauchen oder spekulativ-inflationistische Tendenzen sich bemerkbar machen, nicht ohne gewisse Beschränkungen von wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheiten durchzuführen. Ohne auf die nationalökonomische Problematik hier im einzelnen eingehen zu können, muß doch so viel gesagt werden, daß gewisse Preiskontrollen, Rohstofflenkungen, Eingriffe in die Einkommensverteilung und vor allem Investitionslenkungen notwendig werden können, wenn man Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Sicherheit will. Gerade die Kenntnis der Notwendigkeit dieser Ordnungsmittel gibt ja dem Staatsbürger erst die Freiheit der Wahl. Wenn er Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Sicherheit will, muß er wissen, daß er damit zugleich auch diese Ordnungselemente und damit auch gewisse Beschränkungen der wirtschaftlichen Freiheit wollen muß, daß er also von vornherein wählen muß zwischen gewissen Freiheiten im Wirtschaftsprozeß und wirtschaftlicher Sicherheit, auf keinen Fall aber beides zugleich haben kann. Diese Einsicht in die Notwendigkeit der Erweiterung des Ordnungsbereiches unter bestimmten Zielvorstellungen kann er aber nur gewinnen, wenn ihn der wirtschaftswissenschaftliche Unterricht die Zusammenhänge erkennen lehrt.

#### *Die Überwindung des wirtschaftspolitischen Dogmatismus*

Schon dieses Beispiel zeigt, wie weitgehend die Existenz einer sozialen Demokratie von der Verbreiterung des Wissens um die wirtschaftlichen Zusammenhänge abhängig ist. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Ordnungsmittel zur Erreichung allseits bejahter Ziele läßt ihre reibungslose Durchführung ohne allzu große Beeinträchtigung des Freiheitsbewußtseins erst möglich werden.

Neben diese zweifellos bedeutsamste Zielsetzung des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts tritt aber noch eine weitere, die eingangs die Überwindung des Dogmatismus genannt wurde. Dieser Dogmatismus ist heute ein weit verbreitetes Übel und erschwert in kaum zu überschätzender Weise die Herbeiführung einer allen gerecht werdenden Wirtschaftsordnung. Das Handeln des Dogmatikers ist von der Ebene des Glaubens her bestimmt. Das besonders Bedenkliche ist nun, daß durch die ideologische Eigenexistenz des Dogmas jede Verbindung mit der Wirklichkeit verloren geht. Es kommt in der praktischen Wirtschaftspolitik zu einer Überbewertung bestimmter Mittel und Institutionen, wodurch die Zielerreichung erschwert, wenn nicht gar verhindert wird. Gewachsen ist dieser Dogmatismus, wie wir schon sahen, auf dem Boden des Harmonismus.

Nehmen wir als Beispiel das liberalistische Dogma: den Glauben an das „freie Spiel der Kräfte“ und die maßlose Überbewertung der Institution der vollständigen Konkurrenz und der marktmechanischen Lenkung der Wirtschaft. Die liberalistischen Dogmatiker haben meist schon völlig vergessen, daß das Konkurrenzmodell ein theoretisches Denkmodell ist, das durch isolierende Abstraktion von der Wirklichkeit gewonnen ist. Die Schönheit und Einfachheit dieses Modells, mit dem sich die wirtschaftlichen Prozesse mit quasi naturgesetzlicher Genauigkeit bestimmen und erklären lassen, haben zu seiner Idealisierung geführt. Die theoretischen Schlußfolgerungen für die Wirtschaftspolitik werden von diesen Dogmatikern nicht mehr — wie es ein streng wissenschaftliches Vorgehen erfordern würde — durch eine Annäherung der Modelibedingungen an die Wirklichkeit gewonnen, sondern gerade umgekehrt: weil man es für ein Ideal hält, möchte man die Wirklichkeit dem Modell anpassen.

Nun ist der Dogmatismus nicht nur allein ein Ergebnis des liberalistischen Harmonismus, auch der marxistische hat ein Dogma hervorgebracht, das nicht minder gefährlich für die Ordnungspolitik ist, das in der westlichen Welt aber im Gegensatz zum liberalistischen heute als weitgehend überwunden gelten kann. Der marxistische Entwicklungsgedanke mündet in einen voluntaristischen Akt: die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum in Gemeineigentum. In dieser Änderung der Eigentumsinstitution sah der Marxismus erst den Beginn des „Reiches der Freiheit“, die Verhinderung und Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiter. Das Beispiel des bolschewistischen Rußlands zeigt sehr deutlich, daß auch das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln nicht vor Ausbeutung der Arbeiter schützt. Diese Erkenntnis hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnungsdiskussion auch auf sozialistischer Seite die Eigentumsfrage in den Hintergrund getreten ist.

Die Wirkungen des Dogmatismus in der Wirtschaftspolitik sind verheerende. Reine Zweckmäßigsfragen entarten zu Glaubenskämpfen. Nicht mehr die wirklichen Verhältnisse sind für die Beurteilung wirtschaftspolitischer Mittel entscheidend, sondern der Glaube an die Wirksamkeit bestimmter Institutionen. Wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen sind die logische Konsequenz.

Die Überwindung dieses Dogmatismus ist das zweite Ziel des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts. Er kann nur überwunden werden, wenn es gelingt, möglichst breiten Schichten des Volkes einen Einblick in die Mannigfaltigkeit im Aufbau der wirtschaftlichen Welt zu vermitteln. Im Hinblick auf die Ordnung der Wirtschaft sind es vor allem vier Dinge, die im Rahmen des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts eingehend klargemacht werden sollten. Diese vier Punkte sind: <sup>2)</sup>

2) Der Verfasser hat kürzlich in einem Vortrage an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg diese vier Punkte als besondere Ausbildungsziele dieser Akademie herausgestellt.

1. Weil wir Menschen aus den verschiedensten Motiven immer dazu neigen, bestimmte Ordnungsmittel, bestimmte Institutionen zu idealisieren oder zu diffamieren, müssen wir uns immer wieder klarmachen, daß es keine an sich guten oder schlechten, zweckmäßigen oder unzweckmäßigen Institutionen und Ordnungsmittel gibt, mag es sich um Privateigentum oder Gemeineigentum, um Konkurrenzmechanische oder direkte staatliche Lenkung, um Konsumbesteuerung oder progressive Einkommensbesteuerung oder um was sonst handeln. Ob sie gut oder schlecht, ob sie zweckmäßig oder unzweckmäßig sind, hängt immer von den Umständen ab, unter denen sie zur Wirkung kommen. Ohne eine zuverlässige Analyse dieser Umstände, das heißt ohne eine Klarstellung der Zwecke und der Voraussetzungen, unter denen die Mittel angewandt werden sollen, kann überhaupt kein vernünftiges Urteil über sie gefällt werden.

2. Es gibt kein Ordnungssystem, und es kann niemals eins geben, durch dessen Verwirklichung eine völlige soziale Harmonie herbeigeführt werden könnte. Man kann durch eine Neuordnung einem solchen Ziel nur näherzukommen suchen, und selbst wenn man ihm nähergekommen ist, werden andere Probleme auftauchen, die es im Sinne eines sozialen Ausgleichs von neuem zu lösen gilt.

3. Ganz besonders skeptisch gilt es allen monistischen Ordnungsbestrebungen gegenüber zu sein. Man kann nicht alle Ordnungsaufgaben etwa Marktautomatismen überlassen. Aber auch ein Höchstmaß von staatlicher Eingriffs- oder Befehlswirtschaft ist nicht in der Lage, *alle* wirtschaftlichen und sozialen Probleme bestmöglich zu lösen. Die einzelnen Bereiche des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sind viel zu verschiedenartig, als daß sie alle nach dem gleichen Schema geordnet werden könnten.

4. Bei groß angelegten Neuordnungsversuchen der gesamten Wirtschaft — das gilt z. B. auch für die Frage des Mitbestimmungsrechts — ist folgendes zu beachten: Der Erfolg oder Mißerfolg eines umfassenden Neuordnungsversuches ist auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet niemals völlig sicher vorauszusagen. Das Für und Wider eines solchen Versuches kann und muß vorher nach allen Richtungen hin theoretisch genau durchdacht werden. Aber die Zahl der zu berücksichtigenden Faktoren ist viel zu groß und ihr quantitatives Gewicht ist viel zu schwer abzuschätzen, als daß man im voraus genau sagen kann, wie weit das gewünschte Ziel erreicht werden wird. Daraus darf nicht der Schluß gezogen werden, daß man von jeder Neuordnung absehen muß, aber daraus geht klar hervor, daß man bei allem Nachdruck, mit dem jeder erfolgreiche Neuordnungsversuch betrieben werden muß, Vorsicht walten läßt. Vor allem muß man zunächst in kleinen praktischen Experimenten Erfahrungen sammeln, ehe man zum großen Experiment einer generellen Neuordnung schreitet. Obwohl Experimente auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet viel schwieriger durchzuführen sind als auf physikalisch-chemischem, sind sie dort wenigstens genau so notwendig.

*Die Überwindung von Interessentenstandpunkten und Ressentiments* Das letzte Ziel, für dessen Erreichung der wirtschaftswissenschaftliche Unterricht eine überragende Bedeutung besitzt, ist die Überwindung von Interessentenstandpunkten und Ressentiments. Der nicht volkswirtschaftlich Gebildete wird die Zwecke und Mittel der Wirtschaftspolitik immer aus dem Umkreis der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und des eigenen Standortes her beurteilen. Es ist dabei kaum zu umgehen, daß das eigene Interesse in einem solchen Urteil ein viel zu großes Gewicht erhält, daß also das Interesse des Ganzen, weil es eben, von diesem Standort her nicht zu übersehen ist, zu kurz kommt. Häufig geht darüber hinaus dieser Interessentenstandpunkt noch eine Ehe mit einem Dogma ein. Hier werden dann interessenbedingte Handlungen mit Hilfe eines Dogmas

sekundär vernünftig gemacht und mit dem Gemeinwohl scheinbar in Übereinstimmung gebracht.

Noch tiefer als die Interessentenstandpunkte, wenn auch der gleichen Seinschicht angehörig, wurzeln die Ressentiments. Sie spielen nicht nur in der Wirtschaft eine meist nicht genügend gewürdigte, trotzdem aber nicht minder verheerende Rolle. Haß, Neid, Mißtrauen vergiften die Atmosphäre zwischen Einzelnen und ganzen Gruppen. Wer sich einmal die Mühe macht, das politische und wirtschaftspolitische Gewicht dieser Ressentiments zu prüfen, den kann es nicht verwundern, wenn moderne Psychologen zu der Erkenntnis kommen, daß alles Geschehen in der Welt weitgehend primitiv, das heißt, durch Ressentiments, Triebe und Interessen gesteuert werde. Wenn man sich auch diesem extrem psychologischem Standpunkt nicht anschließen braucht, so kann doch nicht übersehen werden, daß diese Ressentiments eines der schwersten Hindernisse auf dem Wege zu einer sozialen Demokratie sind.

Die Wirkungen der Interessentenstandpunkte und Ressentiments sind augenfällig. Der Interessentenpluralismus ist nicht zuletzt eine der Ursachen gewesen, an denen die Weimarer Republik gescheitert ist, und es erfüllt den Beobachter mit ernster Sorge, wenn sich heute in der jungen Bundesrepublik erneut ein Interessentenpluralismus breit macht, der den der Weimarer Republik womöglich noch übertrifft. Hunderte von Interessenverbänden haben in Bonn ihre Büros. Der ministerielle und parlamentarische Apparat gerät immer mehr in Bedrängnis gegenüber einem Heer von „Experten“, die als Vertreter partikulärer Interessen die meisten ihnen nicht genehmen Gesetzesplanungen schon im Stadium des Entwurfs zu beeinflussen versuchen, allzuhäufig leider mit vollem Erfolg. Stark verwässerte und verzögerte Gesetze sind das Ergebnis ihres Wirkens.

Die Überwindung von Interessentenstandpunkten und Ressentiments ist nur durch eine breit angelegte Erziehung zur Sachlichkeit und zu einem undogmatischen Denken möglich. Hier liegt eines der wichtigsten Ziele des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts. Denn Sachkenntnis ist die Zwillingsschwester der Sachlichkeit. Sachkenntnis aber ist mehr als Schlagwortwissen, sie kann nur durch tiefgreifende Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen erworben werden. Die Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens sind aber so verschränkt, daß auch gut geschulte, vorurteilslose Nationalökonomien zu recht verschiedenen Urteilen gelangen können. Wie soll es dann möglich sein, so könnte man fragen, wirtschaftswissenschaftliche Laien durch eine Verbesserung ihrer nationalökonomischen Allgemeinbildung dahin zu bringen, daß sie wirtschaftspolitische Fragen einheitlich und richtig beantworten. Selbstverständlich wäre eine solche Zielsetzung reine Utopie; aber so weit braucht man das Ziel auch nicht zu stecken. Es wäre für unsere moderne Demokratie schon viel gewonnen, wenn jeder sich klar darüber wäre, welche generellen wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen sich ausschließen, welche Lenkungs- und Ordnungsmittel sie in einer bestimmten Situation bedingen und welches die Vor- und Nachteile der einzelnen Ordnungsmittel sind. Das sind aber Fragen, die in ganz groben Zügen jedem, der das erforderliche Interesse und ein wenig Intelligenz mitbringt, klagemacht werden können, wenn nur — und hier liegt der kritische Punkt — wenn nur derjenige, der die Aufklärung unternimmt, solchen Fragen selbst ohne dogmatische Voreingenommenheit begegnet.

Wer nämlich die wirtschaftliche und soziale Welt durch die doktrinäre Brille betrachtet, wird auch als Dozent versagen müssen, weil er seinen Schülern ein falsches Bild von der Wirklichkeit vermittelt. Er wird immer dazu neigen, die einen Ordnungsmittel zu idealisieren und die anderen zu diffamieren. Und was bei einem solchen Unterricht herauskommt, ist fast schlimmer als völlige Ignoranz.

*Sachlichkeit and Sachkenntnis*

Leider ist eine undogmatische Haltung nicht gerade kennzeichnend für unsere Nationalökonomie. Wir neigen auch hier nur allzusehr zu extremen Standpunkten. Uns fehlt der Gemeinsinn der Angelsachsen, die uns in der wirtschaftlichen Theorie und Praxis daher weit voraus sind. Dies zeigt, daß auch in den Fragen des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts die Haltung entscheidend ist, die man den Dingen des öffentlichen Lebens entgegenbringt. Sachkenntnis und Sachlichkeit stehen in der Nationalökonomie in einer Wechselbeziehung. Nicht nur ist Sachkenntnis Voraussetzung für ein sachliches Urteil, sondern auch umgekehrt kann wirkliche Sachkenntnis ohne echte Sachlichkeit nicht erworben werden.

So ist die nationalökonomische Schulung eng verknüpft mit den Erfolgen der politischen Erziehung überhaupt. Wenn es nicht gelingt, die Unfairneß aus unserer öffentlichen Diskussion zu verbannen, so werden auch alle Bemühungen, die Menschen für die Dinge ihres sozialen Lebens zu interessieren, vergeblich sein.

Der sogenannte soziale und politische Defaitismus in der jüngeren Generation, über den man sich in den letzten Jahren so bitter in Deutschland beklagt hat, ist gerade in der jüngeren Generation auf den unsachlichen und manchmal geradezu unfairen Ton zurückzuführen, in dem die politischen Diskussionen stattfinden. Wenn unsere Parteien nur begreifen würden, wieviel Zulauf sie aus den sogenannten unpolitischen Kreisen erhalten würden, wenn sie zu Fairneß und Korrektheit der Argumentation greifen würden, dann wäre unserer Demokratie vielleicht bereits geholfen. Leider macht keine Partei einen solchen Versuch.

Es ist auch völlig verfehlt, wenn man glaubt, gerade die Jugend durch Appelle an ihre egoistischen Instinkte gewinnen zu können. Es ist noch nicht gar so lange her, da hat eine hochgestellte Persönlichkeit in unserer Bundesrepublik geglaubt, die Jugend deswegen loben zu müssen, weil sie so eifrig bemüht sei, auf unseren Trümmerfeldern Schrott, vor allem NE-Metalle, zu sammeln und zwecks Erhöhung des Taschengeldes der Wirtschaft zuzuführen.

Es ist vielleicht noch zu verzeihen, daß es dem Betreffenden unbekannt geblieben ist, wie im Zuge der belobten Sammlungsbewegung auch Türklinen und Dachrinnen von bewohnten Häusern verschwinden. Schlimmer ist, daß die Entfernung zwischen einer führenden Persönlichkeit und der Wirklichkeit ihn nicht mehr erkennen läßt, daß es zur Lösung von wirtschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben nicht des Appelles an den Eigennutz, sondern des Appelles an den Gemeinsinn der Menschen bedarf, und vor allem: daß das, was unsere Jugend heute vergeblich sucht, nicht eine eigennützerische Betätigung ist, sondern eine Gemeinheitsaufgabe, für die sie leben kann.

Man hört häufig von jungen Menschen die Frage, welche überpersönlichen Ziele und Aufgaben die westliche Welt denn zu bieten habe und ob der Osten trotz allen Terrors nicht doch mehr an idealistischem Schwung und an echten Gemeinschaftsaufgaben besitze. Die Freiheit als Freiheit von Zwang und Willkür wird rasch zu einer blutlosen Angelegenheit, wenn sie nicht ergänzt wird durch die Freiheit, sich für eine große überpersönliche Aufgabe einsetzen zu können. Das fehlt unserer Jugend heute.

Wenn es wahr ist, daß unsere Demokratie als eine soziale Demokratie nur lebensfähig sein kann, wenn die Kenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge ein Gemeingut des ganzen Volkes wird, so ist es nicht weniger wahr, daß man sich um solche Sachkenntnis nur bemühen wird, wenn es unsere Demokratie versteht, die Lösung ihrer sozialen Probleme als Gemeinschaftsaufgabe herauszustellen und wenn sie *alle* Menschen aufruft, an der Erfüllung dieser Aufgaben in persönlichem Einsatz und unter persönlichem Opfer mitzuwirken.